

Redaktion und Verlag:
Karlsbad, Haus „Graphia“
Fernsprecher Nr. 1081.

Herausgeber: Ernst Sattler,
Karlsbad. Verantwortlicher
Redakteur: Wenzel Horn,
Karlsbad.

Druck: „Graphia“, Karlsbad.

Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Bezugspreis für die CSR.:
Einzel-Nummer . . . K 1.40
Monatlich . . . „ 6.—
Vierteljährlich . . . „ 18.—
Bezugspreis für das Ausland
Einzel-Nummer . . . K 2.—
Monatlich . . . „ 8.—
Vierteljährlich . . . „ 24.—

Johannes Stelling



den Fememörder Heines zum Polizei-
präsidenten ernannt. Er hat den Mörder
Erzbergers aus Ungarn nach
Deutschland zurückgeholt, er hat an den
Gräbern der Mörder Walter Rathenaus
Kränze niederlegen lassen.

Meuchelmord, Dynamitattentate, Brand-
stiftung, Raub, Diebstahl, Erpressung, be-
gleiteten die Nationalsozialistische Partei
auf ihrem Weg zur Macht. Von Berlin
werden die Revolver und Bomben diri-
giert, die sich gegen den Bestand der
deutschen Republik Oesterreich richten.

Mörder regieren in Deutsch-
land!

Wir Sozialdemokraten haben in
Deutschland jahrzehntlang unsere politi-
schen Kämpfe geführt, ohne einen einzigen
Tropfen Blut zu vergießen. Wir haben
uns stets auf die Kraft der Idee, niemals
auf die brutale Gewalt verlassen. Wir
haben den individuellen Terror verworfen
und selbst Mördern gegenüber Menschlich-
keit walten lassen, indem wir die Todes-
strafe bekämpften.

Diese Haltung gereicht uns zur Ehre.
Aber sie wurde uns zum Verderben. Wäh-
rend wir an das Gute und Edle im Men-
schen appellierten, riefen die anderen die
niedrigsten Urtriebe wach. Während wir
Menschen erzogen, dressierten die an-
deren ihre Bestien.

Ein Apostel reiner Menschlichkeit fiel
mit Johannes Stelling. Bestien töteten ihn.
Wir betrauern den Freund — und wir
erheben Anklage, Anklage gegen
Adolf Hitler und seine Mörder-
scharen:

Es kommt der Tag des Ge-
richts!

Die Regierung lügt!

Wir wir erfahren, hat die Berliner Re-
gierung ausländischen Berichterstattern
auf Anfrage erklärt, ihr sei von der Er-
mordung Stellings nichts bekannt. Stel-
ling sei verschollen, vielleicht sei es ihm
gelungen, ins Ausland zu entkommen.

Die Berliner Regierung lügt mit frecher
Stirne. Stelling ist von ihren Schergen
ermordet worden. Sie weiß es!

„Hannes, du bist nicht tot!“

Berlin, 13. Juli (Eig. Bericht.)

Die Einäscherung des ermordeten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten
Johannes Stelling fand am Dienstag um 3/6 Uhr im Krematorium in Berlin
statt. Als der Sarg mit der Leiche Stellings zur Verbrennung in die Gruft gesenkt
wurde, rief jemand von der Galerie:

„Hannes, Du bist nicht tot!“

Darauf erhoben sich die übrigen zahlreichen Teilnehmer und streckten den rech-
ten Arm mit geballter Faust in die Höhe und riefen:

„Freiheit!“

Die Polizei schritt nicht ein. Die Zahl der Teilnehmer an der Beerdigung
war überaus groß. Die Räume des Krematoriums und der Zugang waren dicht
gefüllt.

Die Nachricht von der schändlichen Ermordung des hochangesehenen und
beliebten Arbeiterführers ist dank der behördlichen Maßnahmen nur langsam in
die Massen durchgesickert. Um so größer ist jetzt die Erregung.

Die Szene im Krematorium ist Stadtgespräch.

Ein Leben für das Volk

Johannes Stelling, der mittwegs
zwischen den 50 und 60 den braunen
Mördern zum Opfer fiel, hatte im Augen-
blick seines Todes mehr als ein Menschen-
alter hingebungsvoller Arbeit für das
Volk hinter sich. Als blutjunger Hand-
lungsgehilfe in Hamburg hatte er sich der
Arbeiterbewegung angeschlossen. Bald
wurde er wegen seines ruhigen und
bestimmten Auftretens und der überzeu-
genden Klarheit seiner Ausführungen an
der Wasserkante in Oldenburg, Lübeck
und Mecklenburg in den Versammlungen
der Partei wie der Gewerkschaften einer
der beliebtesten Redner. Ganz besonders
nahm er sich der Organisation der
schwer organisierbaren ungelerten
Arbeiter an.

Die Entstehung des Deutschen
Transportarbeiterverbandes,
aus dem später die Riesenorganisation des
Gesamtverbandes emporwuchs, ist mit
seinem Werk.

Stelling hatte zunächst als gelegent-
licher Berichterstatter des „Hamburger
Echo“ eine höchst kümmerliche Existenz,
bis ihn die Lübecker Genossen zum
leitenden Redakteur ihres Blattes beriefen.
Zugleich wirkte er als Bevollmächtigter
und Beiratsmitglied des Transportarbei-
terverbandes, als Reichstagskandidat für
das Fürstentum Birkenfeld und als Lü-
becker Bürgerschaftsmitglied mit uner-
müdlichem Eifer. Ueberall erschlossen
sich ihm die Herzen der Arbeiter. Sie
erkannten in ihm einen wahren Idealisten,
der in sich selbst die aufstrebende Arbei-
terklasse verkörperte.

Lernend und lehrend, kämpfend und
schlichtend, ging er seinen Weg, der Ar-
beitstag hatte für ihn keine Grenze, und
so kam es, daß er im Jahre 1920 auf dem
Parteitag in Kassel in den Partei-
vorstand berufen wurde. Nach einem
halben Jahre jedoch schon traten die
Mecklenburger Genossen an den Partei-
vorstand heran: „Ihr müßt uns den Han-
nes wiedergeben, wir brauchen ihn, er

muß bei uns Ministerpräsident
werden“. So übernahm Stelling in den
schwersten Zeiten des Aufbaues und des
Zusammenbruchs durch die Inflation die
Regierung von Mecklenburg. Er gewann
sich in seiner rastlosen Tätigkeit als Mi-
nisterpräsident nicht nur das Vertrauen
aller Republikaner, sondern auch die Ach-
tung konservativer Gegner. Später
kehrte er in den Parteivorstand wieder
zurück.

Und wie er jedem einzelnen Menschen
ein Freund war, so schlug sein Herz auch
für das ganze Volk, für die großen Ideale
der Freiheit, für die Republik. Jahrelang
stand er an der Spitze der Reichsbän-
ner-Organisation von Groß-
Berlin.

Wenn man bedenkt, daß Stelling außer-
dem zu den führenden Kommunalpoli-
tikern der Partei gehörte, für den
Partei Vorstand die Beamtenorgani-
sationen betreute, daß er darüber hin-
aus, kleines und großes miteinander ver-
bindend, jahrelang auch Mitglied der
Exekutive der Sozialistischen
Arbeiter-Internationale war,
so fragt man sich heute erstaunt, woher
dieser schwerkranke Mann zu alledem die
Kraft genommen haben mag. Sie konnte
nur dem reinen sittlichen Willen eines
kämpfenden Sozialisten entspringen. So
wird Johannes Stelling, der grausam Hin-
gemordete, als eine der edelsten
Gestalten der deutschen Ar-
beiterbewegung in die Unsterblich-
keit der Geschichte eingehen.

Versiegelte Säрге

Aus der Hölle von Dachau.

In Dachau, dem berüchtigten Konzentrations-
lager bei München, wird gefoltert und geschün-
den, gehenkt und erschossen, wie vielleicht nir-
gends sonst in Deutschland. So wurde auch der
30jährige Rechtsanwalt O. Strauß auf der
Flucht erschossen.

Man erfährt aus unwidersprochenen Zeitungs-
nachrichten, die Leiche wäre den Eltern in ver-
siegelttem Sarg übergeben worden. Die
Eltern haben sich verpflichtet müssen, über die
Todesumstände ihres Sohnes zu schweigen.

Das Gleiche ereignete sich mit dem jugend-
lichen Funktionär der Eisernen Front, dem Wil-
helm Aron (Justizratssohn, 22 Jahre alt, Re-
ferendar). Er wurde bestialisch ermordet. In
einem verloterten Zinksarg erhielten
die unglücklichen Eltern die Ueberreste der
Leiche zurück, mußten ebenfalls die Zusicherung
geben, daß sie den Toten nicht sehen wollten.
Aron wurde in seinem Heimatsort Bamberg be-
graben. Er war Jude. Dem Begräbnis wohnten
viele angesehene Katholiken bei. Der dor-
tige Rabbiner hielt eine ergreifende Totenpre-
digt und das Blatt der Bayrischen Volkspartei,
das „Bamberger Volksblatt“ brachte einige
Stellen dieser Predigt. Es wurde sofort
verboten.

Die Münchener Zeitungen haben bis jetzt
41 (einundvierzig) Tote, d. h. Ermordete aus
dem Konzentrationslager Dachau gemeldet.

Was vor einer Woche quälende Sorge
war, ist heute furchtbare Gewißheit: Jo-
hannes Stelling ist tot, zu Tode ge-
martert, von den Landsknechten Adolf
Hitlers hingschlachtet in einer Weise,
wie man sonst kein Tier töten darf, ohne
bestraft zu werden.

Johannes Stelling war eine der untadel-
lichsten Persönlichkeiten des öffentlichen
Lebens. Kein Stäubchen haftete an ihm,
selbst die Verleumdung wagte sich an ihn
nicht heran. Im politischen Kampf kannte
er nur sachliche Meinungsverschiedenhei-
ten, keinen persönlichen Haß. Stets war
er bereit, auch dem politischen Gegner
die Hand zu reichen.

Aber die Burschen, die ihn zu Tode
schlugen, verdienen den Ehrentitel politi-
scher Gegner nicht. Es sind Entartete, die
am Ersinnen raffinierter Grausamkeiten
ihre Lust finden und sich an dem Todes-
schrei ihrer Opfer berauschen. Sie haben
ihn geholt wie das Raubtier sein Opfer
holt. Stelling war krank, schwach, völlig
wehrlos. Ihn zu ermorden war ganz un-
gefährlich.

Bestien in Menschengestalt gibt es
überall. In zivilisierten Ländern hält man
sie in Gefängnissen und Irren-
anstalten.

In Deutschland regieren sie.
Verantwortlich für die grausame Er-
mordung Johannes Stellings und der Un-
gezählten, die das gleiche Schicksal erlit-
ten, ist Adolf Hitler. Er ist der
Apostel der Bestialität, der intellektuelle
Urheber der unzähligen furchtbaren Ver-
brechen, die zum Zweck der Konterrevolu-
tion begangen wurden und täglich neu
begangen werden. Er hat das Wort ge-
sprochen von den Köpfen, die rollen wer-
den, er hat, als er schon an der Macht
war, in einer öffentlichen Versammlung
unter heulendem Beifall seiner Anhänger
erklärt, daß eigentlich Zehntausende von
Marxisten totgeschlagen werden müßten.
Er hat einen Manfred Killinger zum
Landpfleger über Sachsen gesetzt, er hat

Hitler ohne Maske

Verrat am Sozialismus. — Fortführung der Revolution ist Staatsverbrechen.

Die letzten Kundgebungen der Hitler-Regierung haben in den Schichten, die in der Hauptsache den Kampf für die Machtergreifung der Hakenkreuzler geführt haben, also im deklassierten Mittelstand, bei den landhungrigen Kleinbauern und im nationalstisch betäubten Proletariat, helles Entsetzen wachgerufen. Besonders die Formulierung des Innenministers Dr. Frick, daß jeder, der jetzt noch von einer zweiten Revolution oder auch nur von einer Fortsetzung der Revolution rede, ein Staatsverbrecher sei, hat dem Faß den Boden ausgeschlagen. Die jetzt kommende Phase der Hitlerdiktatur wird im Zeichen blutiger Auseinandersetzungen mit diesen proletarisierten Schichten stehen.

Der Klassenkampf, die marxistische Erfindung, existiert nicht mehr. Der Arbeiter ist ein Glied der Volksgemeinschaft, hat Hitler verkündet. Der deutsche Arbeiter muß zu einem Herrenmenschen werden, lallte der Trunkenbold Ley...

Der totgesagte Klassenkampf wird mit aller Energie geführt — innerhalb der nationalsozialistischen Partei. Aber er ist ein verfälschter, denaturierter, unvollständiger Klassenkampf. Die Arbeiterschaft ist von vornherein geknebelt, ihrer Organisationen beraubt, ihre Wortführer tot, verjagt im Gefängnis und an ihre Stelle sind die Exekutoren der Klassenfeinde getreten. Die Organisationen der Unternehmer, die Organisationen des Mittelstandes, der Bauern, der Händler, sind nicht nur geblieben, sie sind durch Staatsanierung verstärkt; in ihre Leitung sind die rücksichtslosesten und ungehemmtesten Vertreter ihrer Interessen eingesetzt. Während alle ehrlichen Wortführer und Sachwalter der Arbeiterschaft restlos beseitigt sind, ist nicht nur z. B.

Herr von Krupp an der Spitze der Unternehmerorganisation

geblieben, sondern der berüchtigtste der deutschen Scharfmacher, der Feind jeder gewerkschaftlichen Organisation, der erbitterteste Bekämpfer der Arbeitslosenversicherung und des Tarifwesens, der konsequenteste Vertreter des Unternehmerrabsolutismus, der

Dr. Fritz Thyssen, ist soeben zum „Führer“ der westdeutschen Industrie,

zum Vorsitzenden der Gruppe Nordwest und des — Langsamvereins gewählt worden. Das ist eine offensichtliche „Gleichschaltung“ der neuen Staatsmacht mit den Interessen des rücksichtslosesten großkapitalistischen Unternehmertums. Unterdrückung jeder Bewegungsfreiheit und jedes Selbstbestimmungsrechtes der Arbeiterklasse einerseits, Stärkung aller Organisationen der Unternehmer andererseits — diese Situation muß man sich klar machen. Dann wird man über das Ergebnis der Klassenkämpfe, die augenblicklich in der nationalsozialistischen Partei ausgefochten werden, kaum einen Zweifel hegen können.

In zwei Reden, in Reichenhall vor den Naziführern, und in Berlin vor den Reichstatthaltern hat Hitler in den Klassenkampf eingegriffen. Zum ersten Mal in seinem politischen Leben hat er seine Ansichten nicht verdunkelt, verhüllt, in einen vieldeutigen Phrasenbrei eingewickelt, sondern klar und deutlich ausgesprochen.

Und was Hitler sprach, war Kampf gegen den Sozialismus, war schrankenloses Bekenntnis zum Kapitalismus!

Die „Revolution“ ist abgeschlossen, eine zweite Revolution darf es nicht geben. Denn eine zweite Revolution, weiß Hitler, das wäre die Erfüllung der sozialistischen Versprechungen, das wäre die Durchsetzung der Erwartungen der proletarischen und proletarisierten Schichten, die den Versprechungen Glauben geschenkt haben, und davon will Hitler nichts wissen. Er und seine Kumpane haben den Staat als Beute genommen und damit genug. Jetzt Schluß!

„Die Revolution ist kein permanenter Zustand, sie darf nicht zu einem Dauerzustand sich ausbilden. Man muß den frei gewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Revolution hindüberleiten.“

Deshalb droht Hitler, die „zweite Revolution“ zu zerschmettern. Es ist fürwahr keine leere Drohung. Das beweisen die Erschießungen von SA.-Rebellen durch SS.-Kameraden, die sich häufenden Auflösungen von SA.-Formationen, die Füllung von Konzentrationslagern mit ihren

Angehörigen, kurz die Niederwerfung aller sozialistisch rebellischen Elemente innerhalb des Nationalsozialismus.

Ihr bildet Euch ein, wir müssen auch den sozialistischen Teil des Programms durchführen? Nein, sagt Hitler, „es kommt jetzt nicht auf Programme und Ideen (!) an“. Die Erziehung der Menschen ist das Wichtigste und dazu kann sich Hitler Zeit gönnen, denn: „Wir müssen unser Handeln auf viele Jahre einstellen und in ganz großen Zeiträumen rechnen.“ Hitler hält seine Macht für gesichert, er kann auf den Schwindel mit dem Vierjahresplan jetzt ruhig verzichten. Große Zeiträume sieht er vor sich und der Prolet mag sich in Geduld fassen, bis seine „Erziehung“ beendet ist.

Der Unternehmer aber muß vor allen Eingriffen bewahrt werden.

Er darf nicht abgesetzt werden, weil er kein Nationalsozialist ist. „Die Wirtschaft ist ein lebendiger Organismus, den man nicht mit einem Schlage verwandeln kann. Die Wirtschaft baut sich nach primitiven Gesetzen auf, die in der menschlichen Natur verankert sind.“ Nein, nicht Verwandlung der Wirtschaft, sondern Erhaltung des Kapitalismus, seine Stärkung durch Aufhebung jeder Bewegungsfreiheit der Arbeiterklasse, das ist die Erfüllung des Nationalsozialismus. „Einhaltung der wirtschaftlichen Gesetze, die auf der menschlichen Natur beruhen“, — das ist eben die Erhaltung der kapitalistischen Ausbeutung, die als notwendiges Naturgesetz

von den Manchesterliberalen

einer vergangenen Zeit proklamiert worden war.

Hitlers Stellungnahme kann nicht überraschen. War er doch von jeher ein Gelber! Feind, nicht nur des Sozialismus, sondern auch der Gewerkschaft-

ten, hat er sich sogar im Anfang gegen die Aufnahme des Wortes „Sozialismus“ in den Namen seiner Partei gewandt. Er hat eigentlich nie ein Hehl daraus gemacht, daß die Massen, die in der Politik von einigen wenigen Führern beherrscht werden, auch in der Wirtschaft von „freien Unternehmerpersönlichkeiten“ ausgebeutet werden müssen. Für ihn ist die Vorspiegelung des Sozialismus ein Mittel zur Eroberung der Macht gewesen, neben Mord, Totschlag, Terror und Betrug. Die betrogenen Betrüger erfahren jetzt nur, was wir ihnen stets vorausgesagt haben.

Staatssekretär Gottfried Feder, hat sich mit seinem Vorgesetzten, dem Wirtschaftsminister Dr. Schmitt und mit seinem Führer gleichgeschaltet. In den programmatischen Ausführungen — den wievielen? — in denen er seine Pläne im neuen Amt erläutert, erklärte er feierlich, daß er „jeden Sozialisierungsversuch ablehne, weil jedes Sozialisierungs-Experiment die Gefahr in sich birgt, das schöpferische Element, das ist die Persönlichkeit, aus dem Wirtschaftsprozess auszuschalten. Die freie Persönlichkeit sei aber die Grundlage des gesamten Wirtschaftssystems“, womit auch Herr Feder, der Theoretiker, seine

Gleichschaltung mit den ältesten und abgeanderten Theorien des Manchester-Liberalismus

vollzogen hat. Der Sozialismus des Feder-Programms ist verlogen, es bleibt nur — die Inflation.

Die Entscheidung Hitlers im Klassenkampf ist aber nicht nur eine Entscheidung für das Großkapital und gegen die Arbeiterklasse, sie ist auch eine Entscheidung für das Großkapital

gegen den Mittelstand und gegen die Bauern.

Der Herr Dr. Darré, der Nachfolger Hugenburgs im Ernährungsministerium,

muß seine Pföcke zurückstecken. Schon erklärt er, daß er die Maßnahmen Hugenburgs nicht mehr grundsätzlich ablehne. Schon wird die Notwendigkeit wenigstens einer teilweisen Erhaltung des ostpreußischen Großgrundbesitzes proklamiert. In diesem Punkte scheinen die Bitten Hindenburgs bei Hitler weitgehendes Verständnis gefunden zu haben, das um so leichter, da Herr Hitler schon längst den Großgrundbesitzern sehr bestimmte und beruhigende Zusicherungen gemacht hatte.

Aber die Arbeiter und Bauern, die werden nicht die allein Betrogenen sein, auch der Mittelstand erfährt seine Enttäuschungen. Es war ja schon bisher bezeichnend, daß die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, ja selbst der Antisemitismus an eine bestimmte Schranke gestoßen war, an das Bank-Kapital.

Das Bank-Kapital ist nicht gleichgeschaltet worden,

und während der kleine jüdische Händler mißhandelt und bedroht wurde, bleiben die reichen Bankjuden unangefochten und unberührt in ihren mächtigen Wirtschaftspositionen. Jetzt wird der nationalsozialistische Schutz noch ausgedehnt. Der Kampf gegen die Warenhäuser ist eingestellt worden. Die Schädigung der Warenhäuser bedeutete nicht nur Bedrohung ihrer zahlreichen Lieferanten und ihrer Angestellten, sondern vor allen Dingen auch der Kredite, die sie bei den Banken in reichlichem Maße haben. Der schöne Elan, mit dem sich die nationalsozialistischen Einzelhändler und ihr nationalsozialistischer Kampfbund auf die Warenhäuser gestürzt haben, wird jetzt gebrochen. Auch der kapitalistische Großhandel wird für den Hitlersozialismus ein „Kräutlein Rührmichnichtan“. Es wird für den Mittelstand nur ein geringer Trost sein, daß ihm statt dessen wohl die Arbeiterkonsumvereine ausgeliefert werden.

So sieht der Klassenkampf im Dritten Reich aus und das sind seine Resultate! Anders waren die Versprechungen vor der Eroberung der Staatsmacht und anders ist ihre Erfüllung. Die Nationalsozialisten hatten Versprechungen gemacht dem Großgrundbesitz und dem Großkapital, dem Mittelstand und den Arbeitern. Die Versprechungen an die Arbeiter sind gebrochen, die Kraft der Arbeiterschaft erlahmt, die Proletarier ihren Klassenfeinden ausgeliefert.

Die Versprechungen an das Großkapital und den Großgrundbesitz werden restlos erfüllt und die Versprechen an den Mittelstand soweit gehalten, als sie mit den Interessen des Großkapitals vereinbar sind. Aber der Klassenkampf geht weiter. Die Enttäuschung der betrogenen, ausgebeuteten, entrechteten Masse wird wachsen. Die nächsten Entscheidungen in diesen Klassenkämpfen werden ganz anders aussehen als die, die heute gefallen sind!

Dr. Richard Kern.

Konkordat mit Hitler!

Während sich alle Staaten der Welt von Hitlerdeutschland entrüstet abwenden, und selbst das faschistische Italien Zeichen des Unbehagens über den aufdringlichen neuen Freund nicht ausdrücken kann, hat sich der Papst bereit, mit den neuen Herren Deutschlands einen Vertrag zu vereinbaren, der kürzlich in Rom paraphiert worden ist und in einigen Wochen unterschrieben werden soll. Es ist klar, daß sich der Papst für die äußere Machtstellung der katholischen Kirche in Deutschland die größten Vorteile erwarten muß, wenn er sich dazu entschließen konnte, mit einem solchen nicht mehr zweifelhaften Vertragspartner zu paktieren. Die moralische Einbuße jedoch, die die katholische Kirche durch diesen Vertragsabschluß erleiden wird, dürfte tausendmal schwerer wiegen, als alle äußeren Vorteile, die Herr von Papen als erfahrener Schieber in allen dunklen Geschäften dabei der Kirche zugeschoben haben mag. Vielleicht wird den Herren in Rom nichts daran liegen, wenn jene breiten, nicht-katholischen Bevölkerungskreise Deutschlands, die bisher der katholischen Kirche wegen ihrer menschlichen Haltung in vielen politischen und sozialen Fragen Achtung und Sympathie entgegenbrachten, ihre Auffassung revidieren. Aber es wird auch gute Katholiken geben, die dasselbe tun werden!

Deutsches Tischgebet



England gegen Hakenkreuz

Das Parlament in schärfster Verurteilung des Hitlerismus einig. — Am 5. Juli debattierte das englische Parlament über auswärtige Politik

V. Sch., London, Mitte Juli.

Vor drei Wochen stellte ich hier fest, daß die Stimmung, die sich in den ersten Wochen des Hitler-Regimes in England gebildet hatte, nicht wie ein Strohflecken abtrocknen, sondern anhalten und sich verschärfen würde. Daran wird auch keine Propaganda des Dr. Goebbels etwas ändern können, besonders wenn sie so blöde ist, wie die Sondernummer, die der gleichgeschaltete „Simplicissimus“ soeben in vier Sprachen herausgegeben hat, die der Weltwirtschaftskonferenz gewidmet ist und die unter den Delegierten und Pressevertretern verteilt wurde. Indessen, so dankbar die Welt auch dafür ist, wenn das Dritte Reich ab und zu für Erheiterung sorgt, so ist sie keineswegs geneigt, es als eine komische Angelegenheit zu betrachten. Das hat die außenpolitische Debatte im Unterhaus am vergangenen Mittwoch abermals bewiesen. Das Budget des Auswärtigen Amtes stand zur Beratung und, obwohl es an Diskussionsstoff nicht fehlte, drehte sich die Debatte zum allergrößten Teil um die Zustände in Deutschland und ihre Rückwirkungen auf den Frieden der Welt.

Es war der alte Georges Lansbury, der allseitig verehrte 73jährige Führer der Arbeiterfraktion, der die Debatte im Namen der Opposition eröffnete und dessen Anklagerede, von tiefster Menschlichkeit erfüllt, den Weg zu den Herzen aller Zuhörer fand.

Der frühere konservative Außenminister Sir Austen Chamberlain, dessen stark verblaßtes Prestige wieder völlig hergestellt ist, seitdem er in der ersten großen Deutschland-Debatte am 14. April zum Sprachrohr der Entrüstung des gesamten englischen Volkes über das Hitler-Regime wurde, wiederholte in noch schärferen Worten als drei Monate zuvor seine Anklagen gegen diese dauernde Bedrohung des Friedens und der Zivilisation, als die man hier das Dritte Reich empfindet.

Das junge liberale Mitglied Dr. Bernays, der kürzlich in Deutschland weilte und sogar unter Führung des Femeinmörders Heines (dessen blutbefleckte Vergangenheit er allerdings zu seinem Entsetzen erst nach seiner Rückkehr erfuhr) das Breslauer Konzentrationslager besuchen durfte, ließ als Gesamteindruck seiner Reise durchblicken, daß der heutige Geist, mit dem die deutsche Jugend erfüllt werde, unvermeidlich zu einem neuen Krieg führen müsse.

Ein Londoner liberaler Abgeordneter, Mr. Janner, der das berühmte Londoner Judenviertel Whitechapel vertritt, trug erschütterndes Material über die systematische wirtschaftliche Aushungerung der deutschen Juden vor. Uebrigens lügt die Berliner-Presse, wenn sie diese Debatte damit zu erklären versucht, daß hauptsächlich Juden daran teilgenommen hätten. Der liberale Janner war der einzige Jude, der in diesen acht Stunden gesprochen hat.

Und der Außenminister selber, Sir John Simon, zeigte in seiner Antwort, was er sich aus dem offiziellen Protest der Reichsregierung gegen seine letzte Unterhausrede vom 14. April macht und betonte, daß die Debatte „mit vollem Recht“ sich zum großen Teil um die sehr ernste Lage gedreht hätte, die die gegenwärtigen Zustände in Deutschland für den Frieden in Europa geschaffen haben. Ausdrücklich unterstrich er, daß er bei der Behandlung der Minderheiten in Deutschland keineswegs nur die jüdische Minderheit im Auge habe.

Ob der stolze Reichskanzler einen neuen Protest für den Papierkorb des englischen Außenministers unterschreiben wird? Es scheint nicht — denn bisher ist nur eine verlegene Witz-Schimpferei erfolgt, und dabei wird es wohl bleiben.

Zum Schluß sprach unter allgemeiner großer Spannung der

Außenminister John Simon:

Vieles in der Debatte — sagte er — bezog sich mit Recht auf die jetzt so überaus ernste Lage in Europa, die gegenwärtige Haltung und den Zustand Deutschlands,

seine Wirkungen auf die Abrüstungskonferenz, ihre Aussichten usw. Das war allgemeiner Mißmut unter Hinweis auf die Lage, besonders auf die Lage, in der sich gewisse Minderheiten in Deutschland befinden. Er sei überzeugt, daß das was gesagt worden ist, nicht vorgebracht wurde aus dem Geist einer engen Kritik oder Sektiererei heraus.

Es war der wirkliche Ausdruck einer Ablehnung des britischen Volkes in seiner Gesamtheit,

das von den Ereignissen in seinen Prinzipien der Toleranz getroffen worden ist.

In unserem Land, fuhr der Minister fort, war in den vergangenen Jahren die öffentliche Meinung keineswegs blind für die Ansprüche des großen Deutschen Volkes und für eine sympathische Betrachtung seiner Lage nach dem Krieg.

Die Tragik liegt darin, daß die jetzigen Ereignisse so viel dazu beigetragen haben, die Sympathie für Deutschland zu mindern. (Zustimmung.)

Die verratene Ostgrenze

Der Danziger Nazi Führer gibt die Stadt und den Korridor preis.

Es gibt keine Partei, die außenpolitisch je soviel Nachgiebigkeit und so unbegrenzte Wandlungsfähigkeit gezeigt hätte, wie die NSDAP. Daneben erscheint nachträglich die ehemalige Volkspartei, die Erbin der alten liberalen Fraktion Drehscheibe, geradezu von Zement. Auf den Verrat an Südtirol, auf die Preisgabe Elsaß-Lothringens und den Verzicht auf Widerruf der sogenannten Schuldfrage, folgt jetzt die Anerkennung des polnischen Kor-

Immer daran denken - Nichts vergessen!

Von einem Republikaner

Es ist immerhin denkbar, daß dennoch eines Tages im Lande der neuen Romantik das Wunder geschieht: daß Hitlers Kartenhaus auf deutschem Grunde zusammenbricht! Was bliebe dann übrig? Mit welchem Menschen könnte man sich an die Arbeit begeben, den Trümmerhaufen aufzuräumen?

Man könnte sagen, es sei müßiges Geschwätz, schon heute, da noch das Mitgliedsbuch der NSDAP, die alleingültige Freifahrtskarte ins Dritte Reich der Herrlichkeit ist, eine solche Frage aufzuwerfen. Denn bis zum wirklichen Erwachen Deutschlands werde noch so mancher aus der heutigen Grundstellung aufrechter Haltung um die Ecke gehen. Wer, so wird man weiter flöten, könnte überhaupt gerechtes Urteil fällen über diejenigen, die anders sprechen mußten, als es in der Stahlkammer ihrer Gesinnung aussah!

So verteidigt man sie schon jetzt und so werden sie sich selbst verteidigen: Wenn der Tag wieder kommen wird, an dem jenes „Land voll Lust und Leben“ kein Zuchthaus mehr ist! Dann werden sie alle, alle in unwandelbarer Treue den Boden der Tatsachen wieder einmal erreichen; das ganze Geschmeiß wird sich an die Befreier von Hitler mit der gleichen Vehemenz heranwerfen, mit der es jetzt die „nationale Erhebung“ mitgemacht hat. Wie werden die Barthel, Benns, Sinsheimers, die großen und kleinen Götter im Tempel des Wotan-Kult, aus ihren Füllfedern Ströme neuen Gelistes vergießen; aus dem „nationalen Umbruch“. Das Brechen wird keine Ende nehmen. Und sämtliche deutschen Professoren werden, wie gehabt, die akademische Würde wahren, indem sie durch flammende Aufrufe und zündende Ansprachen die Reinigung Deutschlands von der „nationalen Schmach der Diktatur eines landfremden und undeutschen Mannes“ fordern und im übrigen das neue Regime ihrer stets loyalen Mitarbeit versichern werden. Die deutschen Richter, Gipfel unantastbaren Gewissens, werden in einer „von hohem sittlichen Ernst getragenen Entschließung“ den Allerhöchsten Richter als Zeugen dafür anrufen, daß sie nie und nimmer, auch nicht unter dem Zwange einer undeutschen Diktatur, das Recht parteiisch gebeugt und gegen die ewig gültigen Gesetze der Gerechtigkeit verstoßen hätten. Jedes Verbrechen, auch wenn es sich „national“ verbräut habe, sei von ihnen streng geahndet worden, sie hätten keinem anderen Be-

ridors. Noch im Februar erklärten Nazi-agitatoren weitaufgerissenen Maules die Polen als „Erbfeinde“, solange Danzig und der Korridor nicht wieder zu Deutschland gehörten. Diese Maulaufreißerei war einmal. Am 3. Juli stattete der nationalsozialistische Präsident des Danziger Senats Dr. Rauschnig mit seinem Nazistabe der polnischen Regierung in Warschau einen Besuch ab, bat in zwei offiziellen Reden um Verständnis für die nationalsozialistische Umwälzung, trug den Polen die Freundschaft Hitlerdeutschlands an und sagte:

Der Warschauer Besuch solle gleichsam eine allgemeine Vorbereitung der Atmosphäre für die Verhandlungen sein, die nach einem Gegenbesuch der polnischen Regierungsvertreter in Danzig in kürzester Zeit aufgenommen werden würden, um dadurch eine neue Epoche in den Beziehungen zwischen Danzig und Polen einzuleiten.

Bei erstem Willen beider Parteien, und wenn beide Teile vom Boden der bestehenden Verträge aus bereit seien, gegenseitig die Rechte und Pflichten zum gemeinsamen Besten zu achten, sei die Möglichkeit zur baldigen Verständigung vorhanden.

Die „bestehenden Verträge“ trennen Danzig durch den Korridor von Deutschland. Die Danziger Nazis unterstehen dem Führer Hitler, Rauschnig sprach also im Namen des deutschen Kanzlers, der mit hin auf die Wiedervereinigung der beiden deutschen Gebiete mit dem Mutterland verzichtet. So freigebig hat seit 1918 kein deutscher Minister deutsches Land verschenkt!

fehlt als dem ihres Gewissens gehorcht. Und am Abend dieses Tages wird — nach dem Pausen-Glockenspiel „Ueb' immer Treu' und Redlichkeit“ — der hochverehrte Herr Reichspräsident von Hindenburg über alle deutschen Sender aus Neudeck ein „Manifest an das neuerwachte Deutschland“ verkünden: „Die Treue ist das Mark der Ehre...“

Jawohl, deutsche Menschen außerhalb des braunen Kerker-Gemäuers, so wird es sein und nicht anders: Wenn nicht schon jetzt dem vorgebeugt wird! Brüllt allen, die für charakterlose Halunken auch nur ein Wörtchen der Entschuldigungsverdammung sagen, in die Ohren: „Es ist nicht wahr, daß sie es tun mußten!“ Sie haben es nur getan, weil sie verlumpt waren, weil sie das Einkommen höher bewerteten als die Gesinnung, weil sie dienstbellustige Kreaturen des Zeilenhonorars sind! Plötzlich entdeckten sie ihre Pflichten als „Familienväter“, plötzlich fielen ihnen die Schuppen von den Augen, daß sie „bisher geirrt“, plötzlich stellte sich bei ihnen die „sittliche Notwendigkeit“ ein, im Interesse der Allgemeinheit sich der „Mitarbeit am neuen Werden“ nicht versagen zu dürfen! Welch ein Kunststück, welche eine heroische Haltung: Einer Gesinnung „solange anzuhängen, wie man mit ihr gute Geschäfte machen kann! Doch welche eine Zustimmung, für die Ueberzeugung das Opfer der Stellungs- und Einkommenslosigkeit bringen zu sollen! Das, Edelste der Nation, ist das Privileg der Proleten, der einfachen Klassenkämpfer, die sich für ihre Gesinnung hinschlachten, foltern oder einsperren lassen durften, die millionenweise schon seit Jahren stempeln gehen und hungern. Das kann man doch nicht von einem deutschen Professor, Richter, Dichter oder Zeitungsschreiber verlangen! Denn sie haben ja ein verbrieftes Anrecht darauf, daß es ihnen immer besser gehen muß als den Proleten.

Man freut sich ungeschwächt jedes Menschen, dem es gelungen ist und noch gelingt, aus Hitler Massenkorrektions-Anstalt zu entfliehen. Aber seht Euch diese Emigranten an, diese Auch-Emigranten! Wieviele von ihnen sind nicht aus Gesinnungstreue, sondern aus Mammon-Anhänglichkeit über die rettenden Grenzen gekommen. Und wieviele hätten drüber gerne in einer jüdischen Sektion der NSDAP, mitgetan, wenn ihre Nase es ihnen gestattet hätte. Aber sie alle werden auch in Märtyrer-

Pose den Wiedereinzug in das andere Deutschland mitmachen wollen. Ebenso wie jene, die vierzehn Jahre lang in der deutschen Republik nicht das nationalistische Unkraut mit Stumpf und Stiel ausgerottet haben, sondern alles in Grund und Boden „regierten“. Es ist, anlässlich der SPD-Aktion in Prag, das Grundthema erörtert worden: Hat ein Führer, auch wenn er im Diktatur-Land zu Kreuze kriechen muß, bei den Geführten zu bleiben — oder darf er, aus Selbsterhaltungstrieb und um der Sache willen, sich in Sicherheit bringen? Welch Thema für künftige Doktoranden moderner Geschichte! Wir nicht so verschnörkelte Menschen sagen: Wo der „Führer“ eine Wirkungsmöglichkeit ausnützen kann, hat er zu sein! Lenin hat im Exil gelebt, hat sich in den reisenden Wochen vor der Oktober-Revolution versteckt gehalten: War er deshalb ein Deserteur?

Sie aber werden alle mit unverwüthlicher preußischer Pünktlichkeit zur Stelle sein, wenn man wieder „umlernen“ muß. Bei Lloyds in London kann man schon heute Wetten auflegen, daß es wie 1918 sein wird — wenn nicht bei Zeiten Dämme gegen diese Schlammlut vorbeichtet werden! Ihr von der Barbarei wahrhaft Vertriebenen, geht an diese Arbeit! Seid nicht so phantasielos, Euch mit Hilfe von Statistiken und arithmetischen Exempeln auszurechnen, daß Hitlers Reich bald zusammenbrechen müsse! Bringt endlich die Phantasie auf, Euch von Ziffern zu emanzipieren! Ihr könnt nur Vorarbeit leisten für den Fall, daß der Fall Hitlers sich aus dem Gesetz, nach dem er angetreten, ergibt. Aber diese Vorarbeit könnt Ihr sehr gründlich verrichten: Bildet einen (verzeiht das preußisch harte Wort) Generalsstab, der Umschau halten kann nach den Menschen, die dann wirken sollen, wenn das Nachher kommt!

Und wenn Ihr schon mit deutscher Gründlichkeit Euch betätigen wollt, dann führt genau Buch über alle Abgewirtschafteten und über alle Gesinnungsjongleure, die mit artistischer Gewandtheit auf jedem Boden der Tatsachen immer wieder auf die Füße fallen! Lernt vom Todfeind, der sich jahrelang auf „den“ Tag mit einer Schwarzen Liste vorbereitet hat. Hütet Euch davor, auf den Humanitätsleim zu kriechen! Schenkt ihnen nichts, auch wenn sie sich — ebenfalls als Rückversicherung für die Zukunft — hinter allerlei Pseudonymen und sonstigen Drapierungen verkrochen haben! Wer von Hitler gefressen hat, muß daran zugrunde gehen! Seid aber auch nicht zu nüchtern und zu zimperlich, aus den für unsere Sache Gefolterten und Gemordeten die Helden unserer Tage zu machen! Verschmäht nicht den Kult, der in diesen dafür doppelt empfänglichen Zeiten unentbehrlich ist. Die Verbrecher, in deren Fäusten sich heute Deutschland windet, haben den Zuhörer Horst Wessel zum heldischen Symbol erklärt. Und Ihr? Habt Ihr schon die Namen reiner Kämpfer für freies Menschentum, die gemordet wurden oder in Kerkern dahinsiechen, in Eure Herzen eingehämmert als Racheschwur?

Jawohl, predigt und nährt allerorts den einzigen und gesunden Haß gegen alle und gegen alles ringsherum, was in dieser Zeit an sich und den anderen Verrat geübt hat! Faselt nicht von Demokratie, die nicht mitzuhaben, sondern mitzulieben da sei; sondern setzt schon heute hart und unversrückbar als ersten Paragraphen des neuen Staatsgrundgesetzes einer neuen Republik fest: Wir werden Euch nichts vergessen!

Theodor Glocke

Theodor Glocke, der langjährige Verlagsdirektor des „Vorwärts“ ist anfangs der vergangenen Woche gestorben. Einer der Treuesten und Besten ist mit ihm hingegangen. Als sich am vergangenen Donnerstag im Krematorium in Berlin eine stattliche Zahl von Genossen zusammenfand, um Theodor Glocke die letzte Ehre zu erweisen, da gedachte man des jungen Holzarbeiters, der in der Zeit des Sozialistengesetzes seinen Mann gestanden hatte. Auch damals war eine Leichenfeier für Sozialdemokraten die einzig erlaubte Form der Zusammenkunft. Genosse Glocke hatte den „Vorwärts“ fast auf seinem ganzen Wege — vom Fall des Sozialistengesetzes bis kaum ein Jahr vor seiner Unterdrückung begleitet und betreut. Wir handeln im Geiste Theodor Glockes, wenn wir den Kampf aufnehmen und die Auferstehung vorbereiten.

Heer und Hakenkreuz

Wehrpolitische Gedanken

Von Symmachos.

Vorbemerkung der Redaktion: Wir geben diese Zuschrift wieder, ohne uns mit ihr in allen Einzelheiten zu identifizieren.

Die Abrüstungskonferenz ist also bis zum Oktober vertagt worden, nachdem der Gesandte Hitlers, Herr Nadolny, mit seinem Vorschlag, weiterzutagen, auf weiter Flur allein geblieben ist. Wer da glaubt, die Konferenz werde sich im Oktober wieder friedlich zusammenfinden und etwas wie eine Abrüstung beschließen, zählt einen Taler.

Herr Nadolny hat in Genf nichts anderes gesagt, als was er und alle seine Vorgänger auf diesem Gebiet schon früher unter anderen Bedingungen auch gesagt haben. Der Unterschied ist nur, daß man früher immerhin etwas davon geglaubt hat und daß man jetzt gar nichts mehr glaubt.

Auch Hitler hat nichts anderes gesagt als was Hermann Müller und Stresemann auch schon gesagt haben: „Deutschland braucht Frieden“. Leider fügte er hinzu: „Noch zehn Jahre“. Das wird nun von der ganzen Welt so aufgefaßt, daß Hitler nur noch zehn Jahre Frieden will und daß er diese Zeit benutzen will, um den neuen Krieg vorzubereiten.

Ein Müller-Stresemann-Ausspruch ohne Hitler-Zusatz wäre der deutschen Sache nützlich gewesen. Vielleicht hat es Hitler gar nicht so gemeint. Aber ein Staatsmann muß die Wirkung seiner Worte berechnen können. Das Friedensbekenntnis ist für jede deutsche Regierung eine Selbstverständlichkeit. Seine Begrenzung auf zehn Jahre war eine Dummheit.

Leider ist diese Dummheit nur eine von vielen, die auf dem Gebiete der Außenpolitik gemacht werden. Es hieße, die führenden Männer der Reichswehr unterschätzen, wollte man annehmen, sie wären blind für die Gefahren, die dadurch gerade für die Wehrmacht heraufbeschworen werden.

Daß das österreichische Bundesheer in diesen Tagen seine reichswehrähnliche Uniform ablegt und zu altösterreichischen Modellen zurückkehrt, ist für die deutsche Wehrmacht gerade kein Kompliment. Es ist aber auch leider das Symptom eines allgemeinen Zustandes der Abneigung und des Mißtrauens Deutschland gegenüber, das Symptom einer Isolierung, wie sie selbst während des Weltkrieges nicht bestanden hat.

Im Weltkrieg stellte die deutsche Außenpolitik die deutsche Wehrmacht — damals die stärkste der Welt — vor ein Problem, das nicht zu lösen war. Das war, militärpolitisch betrachtet, der tiefste Sinn und der tiefste Grund der deutschen Niederlage. Eine Wiederholung des „Hineinschlitterns“ in einen Krieg aller gegen Einen hieße die deutsche Wehrmacht in einem sinnlosen Abenteuer aufreiben. Ganz abgesehen davon, was dieses Abenteuer für das deutsche Volk bedeuten würde, glauben wir nicht, daß die Führer der Reichswehr geneigt sind, jede Tölpelhaftigkeit der Außenpolitik mitzumachen, um dann für den Rest ihres Lebens als geschlagene Generale herumzulaufen.

Ist also der deutsche Faschismus mit seiner Ungeschicklichkeit nach außen für die Wehrmacht eine Gefahr, so ist es mit seiner Brutalität nach innen nicht minder. Ein System, das darauf beruht, daß die Mehrheit des Volkes von einer Minderheit tyrannisiert wird, ist völlig ungeeignet, für eine moderne Wehrmacht die Grundlage zu bilden. Unvergesen bleibt die große Lehre des Weltkrieges, wie die absolutistisch regierten Staaten — das zarische Rußland zuerst — einer nach dem anderen zusammenbrachen, während die Demokratien mit ihren inneren Schwierigkeiten fertig wurden und schließlich auch militärisch siegten.

Gilt diese Lehre nur für die Vergangenheit? Im Gegenteil, sie wird mit jedem Tage richtiger! Man braucht nur die italienische und die französische Wehrmacht untereinander zu vergleichen, um zu diesem Schluß zu gelangen.

Kein Fachmann zweifelt an der ungeheuren Ueberlegenheit Frankreichs, keiner zweifelt daran, daß im Falle eines Zusammenstoßes der Niederbruch Italiens in kürzester Frist eine Selbstverständlichkeit wäre. Warum? Weil die Despotie den Verteidigungswillen des Volkes lähmt!

Der Faschismus nennt sich zwar national, in seiner Wirkung ist er aber antinational. Und die Dienste, die er mit übertriebener Beflissenheit der Wehrmacht anbietet, sind in Wirklichkeit Bären Dienste. Seine Behauptung, er habe das deutsche Volk zusammengeschweißt, ist doch nur Selbstbetrug: das deutsche Volk ist heute zerrissener denn je. Der vergewaltigte Teil hat nicht dadurch zu existieren aufgehört, daß man ihn zum Schweigen zwingt, er besteht als gährende Masse weiter und verzehrt sich in Rachedenken. Ein Volk, das sich in einem sol-

chen Zustand befindet, ist außenpolitisch und militärpolitisch nicht stark, sondern schwach. Als „Volk in Waffen“ würde es die Waffen nur benützen, um einer über den anderen herzufallen.

Auf keinen Fall kann der Fanatismus einer Parteigruppe den Wehrwillen einer ganzen Nation ersetzen, der nur in Freiheit gedeihen kann. Deutschland ist jetzt nach außen schwach, schwächer als vor dem 30. Januar 1933, und wird es bleiben, bis das grauenhafte Unrecht, das an dem deutschen Arbeiter begangen wurde, wieder gutgemacht worden ist. Nur der Sturz der Despotie, die Deutschland heute gefangen hält, kann die Vorbedingungen für den Bestand einer ihrem Zweck genügenden Wehrmacht herstellen. Treiben die Dinge weiter wie bisher, dann stürzt über kurz oder lang Deutschland kopfüber in den Abgrund — die Reichswehr voran!

Narren und Verbrecher regieren ein Volk

Schweyer sagt die Wahrheit

Und muß dafür vor Gericht.

Der sehr weit rechts stehende frühere bayrische Innenminister Dr. Schweyer hat an den ehemaligen Ministerpräsidenten Held einen Brief geschrieben, in dem es heißt:

„Entartete Menschen geben vor, die sittlichen Erneuerer des deutschen Volkes zu sein, während sie doch nur den Menschen mit Gewalt ihren Willen aufzwingen und wie Raubtiere ihre egoistischen Instinkte befriedigen. Empörend ist dabei besonders, daß Lüge, Verdrehung und Heuchelei bis in die obersten Stellen hinein herrscht. Es müßte einem das Herz bluten, wenn man sieht, wie heute unsere Jugend systematisch verdorben und zur Ungesetzlichkeit ermuntert wird.“

Der Brief fiel in die Hände der Staatspolizei und Schweyer wurde verhaftet. Bei einer Vernehmung nahm er nicht nur nichts zurück, sondern fügte auch noch über Hitler einige treffende Bemerkungen hinzu. Der mutige alte Mann — er ist über 65 — soll angeblich vor ein Gericht gestellt werden. Wahrscheinlich wird man sich das aber noch einmal überlegen und ihn ohne gerichtliches Verfahren gefangen halten, wie das auch Zehntausenden anderen auch geschieht.

In Schutzhaft genommen wurde auch der frühere bayrische Kultusminister Dr. Goldenberger.

Ein Narr mit dem Feldherrnstab

Ludendorff läßt einen konfusen Brief verbreiten, den er an Frick geschrieben hat. Darin heißt es:

Juda und Rom haben den Hort der Deutschen Freiheit, das Deutsche Heer, zerschlagen, für das ich im Frieden gesorgt und das ich im Kriege geführt habe.

Heute zerschlagen meine Deutsche Freiheitbewegung Deutsche, mit denen ich einst in einer Front stand. In dieser Front waren Gewehre auf mich gerichtet. Ich durchschritt aufrecht die auf mich feuernden Schützen, wie ich in Lüttich dem auf mich feuernden Feind aufrecht entgegenging.

Aufrecht werde ich auch jetzt weitergehen und mit mir die freien Deutschen, die heute am Kampf für Deutsche Volks- und Staatsschöpfung verhindert werden sollen.

Der Kaiser wollte sich mit Hilfe der Sozialdemokratie ein neues Reich errichten. Sie wollen mit Hilfe der Kirchen den neuen Staat gründen. Die Sozialdemokratie nahm dem Kaiser die Macht. Wie sich die Verhältnisse

bei uns entwickeln werden, werden Sie erleben.

Auch diesen Narren hat der deutsche Spießbürger einmal, wie später Hindenburg und noch später Hitler in kindlichem Aberglauben als „Retter“ gefeiert!

Klassenunterschiede abgeschafft

Das Maul allein macht es

Die Naziführer haben den Unternehmern bekanntlich versprochen, die Klassenkämpfe ein für allemal abzuschaffen. Wie sie das machen, zeigt folgender Bericht aus Berlin:

Ein Runderlaß des Reichspropagandaministers Dr. Goebbels verbietet den deutschen Zeitungen eine „reaktionäre Berichterstattung“. In dem Runderlaß wird erklärt, daß in der letzten Zeit die deutschen Blätter über Veranstaltungen der Reichsregierung, an denen führende Personen der NSDAP, oder nationaler Verbände teilgenommen haben, in Ausdrücken, „die in einer vergangenen Zeit angebracht waren“, berichteten. Es wird künftighin verboten, dauernd von „Spitzen der Gesellschaft“ oder von „Persönlichkeiten der ersten Kreise“ usw. zu sprechen. In der jetzigen Zeit gebe es keine Klassen- und Kastensunterschiede. Die deutsche Presse wird also darauf aufmerksam gemacht, ihre Berichte genau zu überprüfen, damit kein Anlaß zu Beanstandungen in der erwähnten Art vorliegt.

Waise und Gelehrte haben Jahrzehnte hindurch mit rauchenden Köpfen am größten sozialen Problem gearbeitet, haben lebenslänglich die Frage durchdacht, wie die Wirtschaftsordnung beschaffen sein müssen, die endlich jegliche Klassengegensätze aus der Welt schafft. Welch armselige Tröpie, diese Forscher von Aristoteles bis Karl Marx! Goebbels löst solche Menschheitsfragen im Maulumdrehen. Nicht staatliches Erbrecht oder Sozialisierung und Expropriation sind nötig, sondern nur ein Federstrich braucht es: man verbiete es, von den herrschenden Schichten oder obersten Kreisen zu sprechen — und schon „gibt es keine Klassenunterschiede mehr“. Denn diese Gegensätze sind keine ökonomischen Tatsachen, sondern nur bedauerliche

Folgen der falschen Ausdrucksweise einer „vergangenen Zeit“. Wenn das keine Reformatoren sind!

Fremde im Räuberstaat

Vor kurzem fuhr ein Prager Kaufmann mit seinem Auto nach Leipzig. Er war kaum ausgestiegen und gerade dabei, seinen Wagen abzuschließen, als er plötzlich eine volle Ladung Spucke ins Gesicht bekam. Ein uniformierter SA-Mann hatte an der Autonommern tafel das Herkunftsland, die Tschechoslowakei erkannt und darauf so reagiert. Der Kaufmann wischte sich das Gesicht ab, erledigte in möglichster Kürze seine Angelegenheiten und fuhr heim. Vermutlich auf längere Zeit. Irgend ein Rechtsmittel gegen solche Behandlung war ihm nicht bekannt. Wir wissen auch keines.

Ein anderer Fall betrifft einen seit Jahrzehnten in einer anderen reichsdeutschen Großstadt lebenden Geschäftsmannes, der gleichfalls Staatsbürger ist. Ihm führte einfach ein SA-Mann, der sich auf einen Staffelfehl berief, das Auto weg. Der Besitzer geht auf die Polizei und verlangt, daß man ihm seinen Wagen wiedergebe. „Wir haben Ihnen doch das Auto nicht weggenommen. Wenden Sie sich doch an die zuständige Behörde!“ Der Mann kennt sie nicht und hat auch kein Bedürfnis danach. Als er sein Begehren unterstreicht, wird er gefragt, ob er denn etwa dem SA-Mann Diebstahl vorwerfen wolle. Nun erklärt der Kaufmann, er sei Tschechoslowake und stehe unter dem Schutz seines Konsulats. Das wird ihm als Drohung gegen die Polizei ausgelegt. Weil er aber schon so lange dort lebt, wird ihm erklärt, dann gebe es das mit Konsulat überhaupt nicht mehr und er habe nach „unseren Gesetzen“ zu leben. Weil er dies nicht einsehen, aber sein Auto wieder haben wollte, wird er „wegen frechen Benehmens“ gleich da behalten.

Nicht lümmeln!

Sonst wird „an Ort und Stelle abgestellt.“ Der „Mainzer Anzeiger“ veröffentlicht nachstehende Erklärung:

„Das Benehmen eines Teiles der Bewohner der Stadt gibt mir Veranlassung zu folgender Bekanntmachung: Es fällt allgemein unangenehm auf, daß sich Leute mit den Händen in den Hosentaschen in den Straßen herumlümmeln und den enthüllten Fahnen von Verbänden und Vereinen nicht die gebührende Ehrung zollen. Dieser undenkbarer Zustand muß sofort abgestellt werden. Die Fahnen sowie die Feldzeichen der SA sind sofort mit der nötigen Ehrerbietung zu behandeln. Bei Märschen von Wehrverbänden sind die entrollten Fahnen zu grüßen. Achtungsverletzungen, d. h. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung, werden an Ort und Stelle abgestellt. Ich hoffe, daß dieser Hinweis genügt, diesen unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen.“

Mainz, den 19. Juni.

(gez.) Lotz,

Sonderkommissar des Kreises Mainz.“

Die deutschen Machthaber von heute haben ihre Sorgen. Wir erinnern uns übrigens, schon auf der Schulbank etwas ähnliches gelesen zu haben, nämlich in einem Drama Wilhelm Tell von einem sicheren Friedrich Schiller. In diesem Stück war der Hut des Landvogts Geßler auf der Stange „mit der nötigen Ehrerbietung zu behandeln“ und die Zuwiderhandlung des „herumlümmelnden“ Mannes Wilhelm Tell wurde von Geßler „an Ort und Stelle abgestellt“. Die Sache ging jedoch, wen wir uns des Dramas richtig entsinnen, für den Landvogt Geßler recht ungünstig aus und die herumlümmelnden freien Schweizer bhielten recht nach dem Worte Schillers: „Denn eine Grenze hat Tyrannenmacht!“

Sie lügen wie die Teufel

Frick und Goebbels über die zweite Revolution
Goebbels am 26. Juni: Frick am 11. Juli:

Man soll nur ja nicht denken, daß die nationalsozialistische Revolution zu Ende sei. Sie geht erst zu Ende, wenn die NSDAP, den ganzen Staat besitzt!

(Conti-Bericht.)

Da wird ja wohl Frick bald den Goebbels verhaften müssen. Denn zu einer Revolution, die den ganzen Staat besitzen will, gehört ja wohl die Entmachtung des Großkapitals. Herr Goebbels wird sich revidieren müssen.

Die Revolution ist in das Stadium der Evolution getreten. Jeder Versuch einer Fortsetzung der Revolution oder einer zweiten Revolution muß mit den schärfsten Mitteln, mindestens mit Schutzhaft, geahndet werden. (Wolff-Bericht.)

Was sagt man in Holland?

Amsterdam, Mitte Juli.

In Holland gibt es zwar mehrere faschistische Parteigruppen, von denen die eine mehr zu Mussolini, die andere mehr zu Hitler neigt, aber die Holländer sind ein ziemlich antimilitaristisches Volk; und so gerne sie auch am Straßenrand Spalier bilden, um einen Zug von Reklamefahrzeugen oder eine Propagandafahrt jugendlicher Radfahrer auf blumengeschmückten „Fietsen“ anzustarren, — einem uniformierten Aufmarsch in Vierreihen und Gruppenkolonnen begegnet der Fremdling hier kaum.

Damit soll nicht gesagt sein, daß es im holländischen Bürgertum an latenten Sympathien für den faschistischen Gedanken fehlt. Aber ein allzustarkes Aufkommen irgendwelcher Sympathien für den deutschen Hitler-Nationalismus wird durch eine sehr geschickt und betriebsame Agitation gegen Deutschland verhindert, die freilich nicht ausgeht von irgendwelchen landesverräterischen Marxisten oder Juden, sondern von der deutschen Regierung selber durch die ununterbrochene Kette ihrer provokatorischen Maßnahmen.

Die holländische Regierung hat jetzt eine Anweisung an die Polizeibehörden herausgegeben, die politische Tätigkeit der Ausländer schärfstens zu unterbinden. Diese Verordnung richtet sich weniger gegen die deutschen Emigranten, die in dem teuren Lande nicht eben zahlreich sind, als gegen die Agenten von jenseits der Grenze, die sich namentlich in der Provinz Limburg unangenehm bemerkbar machen. In Limburg arbeiten 25.000 deutsche Bergarbeiter, die man jetzt „gleichzuschalten“ versucht, indem man ihnen androht, sie würden andernfalls bei ihrer Rückkehr nach Deutschland die schlimmsten Erfahrungen machen. Daneben wird auch für den Anschluß der Provinz Limburg an das Dritte Reich Propaganda getrieben. Leiter der Bewegung ist ein gewisser Conrad Tykow, der vor kurzer Zeit als Angestellter in das deutsche Konsulat der Provinz berufen wurde.

Das schlug dem Faß den Boden aus, und es kam die neue Verordnung.

Aber auch die wirtschaftlichen Maßnahmen der Hitlerregierung reizen die Holländer bis aufs Blut. Erst waren es die Autarkiemassnahmen Deutschlands, die Schließung der Grenzen, die dazu führten, daß den holländischen Gemüsebauern die Ernte auf den Aeckern verfaulte. Nun wird durch Schachts neues Transfermoratorium die Existenzfrage für unzählige städtische Bürgerfamilien gestellt.

Eine Enquete der Niederländischen Bank hat ergeben, daß 47.500 in Holland ansässige Personen oder Firmen Forderungen nach Deutschland, und zwar in einer Gesamthöhe von 1044 Millionen Gulden (nabe an zwei Milliarden Reichsmark) haben, d. h., der größte Teil der niederländischen Bourgeoisie ist an den deutschen Zahlungen unmittelbar oder mittelbar interessiert. Nach dem bislang bestehenden Transfer-Moratorium bekamen die Gläubiger zwar nicht ihr Kapital, wohl aber ihre Zinsen aus Deutschland heraus. Wenn sie jetzt auf Grund der einseitigen Maßnahmen Deutschlands auch keine Zinsen mehr bekommen, so bedeutet das für Zehntausende von niederländischen Rentnerfamilien das Nichts!

Daß sich diese aufgeregten Leute mit dem bloßen „Wir können nicht zahlen“ Schachts nicht begnügen, liegt auf der Hand. Zumal sich nach einigen Verhandlungen und androhten Repressalien der betroffenen Länder bereits gezeigt hat, daß Deutschland selbst zugab, mindestens 50 Prozent seiner Zinsverpflichtungen in Valuten zahlen zu können. Man betrachtet Schachts Vorgehen als ein reines Erpressungsmanöver, und auch die angekündigte Transferierung des halben Zinsbetrages hat keine Beruhigung geschaffen, denn noch ist die Frage ungelöst, wer das Valutenrisiko für die in Deutschland verbleibende andere Hälfte trägt. Diese Frage ist besonders auch deswegen dringlich, weil eine Reihe deutscher Großschuldner — unter offensichtlicher Begünstigung der Hitler-Regierung — jetzt das Sinken des Dollars auszunutzen suchen, um ihre ausdrücklich auf Golddollar lautenden Schuldbeträge zum weit tieferen Kurse des Papierdollars zurückzuzahlen.

Die holländische Regierung hat nun ein Clearing-Gesetz erlassen, das sie ermächtigt,

direkte Zahlungen an Länder, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, zu verbieten und diese Zahlungen an eine niederländische Clearingstelle zu dirigieren. Das Gesetz nennt keinen Namen, aber jedermann weiß, daß es sich gegen Deutschland richtet.

Holland dreht den Spieß um und sagt: „Zahlt ihr nicht, so zahlen wir auch nicht.“ Und das ist sehr bitter, denn immer noch sind die Niederlande eines der bedeutendsten Einfuhrländer für die deutsche Industrie. Diese kann jetzt zwar weiter nach Holland liefern, aber Zahlung in Gulden soll sie nicht mehr erhalten. Die Zahlungen sollen vielmehr zurückgehalten und zur Befriedigung der Holländer verwendet werden, die ihre Zinsen aus Deutschland nicht herausbekommen. Mit anderen Worten, von Holland kommen keine Devisen mehr nach Deutschland herein.

Man behauptet hierzulande, daß die niederländische Regierung mit ihrem Vorgehen nicht alleinsteht, sondern daß auch andere Länder, vor allem die Schweiz, die sich Deutschland gegenüber in einer ähnlichen Lage befindet wie Holland, zu gleichen Maßnahmen zu greifen entschlossen sei. Die Zukunft wird lehren, wie lange das Kartenhaus der gänzlich ungedeckten deutschen Reichsmark solche Erschütterungen ertragen kann . . .

Internationale Planwirtschaft

Förderung des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat an die an der Weltwirtschaftskonferenz beteiligten Mächte ein Manifest gerichtet, dessen Forderungen auch nach dem ruhmlosen Ende der Konferenz ihre Bedeutung behalten.

Die Forderungen zielen in dem Verlangen nach Arbeitszeitverkürzung. Durch eine internationale Konvention soll zunächst die 40-Stunden-, bzw. 5-Tage-Woche als Höchstdauer der Arbeitszeit in allen Ländern und allen Betrieben ausnahmslos gesetzlich eingeführt werden.

Ferner soll ein umfassendes Programm öffentlicher internationaler Arbeiten zur Durchführung gelangen.

Da die private Initiative versagt, muß der Ausfall durch Aufträge des Staates und der Betriebe der öffentlichen Hand ausgeglichen werden. Die Finanzierung wäre wesentlich erleichtert, wenn die unzulänglichen Rüstungen eingestellt und die freiwerdenden Mittel produktiv angelegt würden.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hält ferner den Abschluß eines Zollfriedens als international verpflichtendes Abkommen, dem ein systematischer Abbau der Zollmauern folgen muß, für dringend erforderlich. Ebenso wie der Handelskrieg muß auch der Währungskrieg beendet und in Zukunft vermieden werden.

Der Internationale Gewerkschaftsbund ist mit den Sachverständigen der Meinung, daß Teilmaßnahmen zu keinem dauernden Erfolg führen werden. Er bleibt der Auffassung, daß nur die grundsätzliche Umbau der Wirtschaft und eine grundsätzliche neue Wirtschaftsführung, die allein in der Richtung der Planwirtschaft liegen kann, das Wohlergehen der ganzen Menschheit zu sichern vermag. Bei gleichzeitiger Stärkung der Konsumkraft der Völker würden folgende Forderungen dem Wirtschaftschao ein Ende bereiten und der allein menschenwürdigen Form der Bedarfsdeckungswirtschaft den Boden ebnen:

planmäßige Rohstoffwirtschaft, Produktionsregelung und planmäßige Güterverteilung mit dem Ziele erhöhten Verbrauchs durch Konsumsteigerung; insbesondere Errichtung einer internationalen Produktions- und Verteilungsplanstelle, Schaffung international verpflichtender Produktionsabkommen; planmäßige Kapitalpolitik, ausgerichtet auf ein großzügiges internationales Arbeitsbeschaffungsprogramm; u. a.: Schaffung eines internationalen Finanzierungsinstituts; planmäßige Kreditpolitik, der die Streichung der Kriegsschulden und die Liquidierung der kommerziellen internationalen Clearing- und Amortisationsbank, — Bankenkontrolle;

Errichtung eines internationalen Wirtschaftsamtens und eines internationalen wirtschaftlichen Schiedsgerichtshofes, deren Aufgaben es sind, unter entscheidender Mitwirkung der organisierten Arbeiterklasse diese wirtschaftlichen Planmaßnahmen einzuleiten und zu kontrollieren und die Durchführung insbesondere der handelspolitischen Abkommen und Verträge zu überwachen.

Abnahme der Arbeitslosigkeit?

Potemkinsche Dörfer!

Vor sechs Monaten hat Hitler die Beseitigung der Arbeitslosigkeit angekündigt. Aber die Arbeitslosen haben noch nichts verspürt, daß dieses Versprechen erfüllt wird. Noch immer weist selbst die amtliche Statistik rund fünf Millionen unterstützte Arbeitslose nach. Gewiß ist in den günstigen Monaten des Sommers die Arbeitslosigkeit um etwa 600.000 geringer als in den ungünstigen Wintermonaten. Aber die Abnahme der Arbeitslosenzahl um 1.200.000, die Hitler vor 14 Tagen behauptete und von zwei Millionen Arbeitslosen, wie er vor einer Woche sagte, besteht nur in seiner Phantasie.

Abgesehen von der natürlichen Abnahme der Arbeitslosen hat sich die Lage am Arbeitsmarkt in keiner Weise gebessert. Alles was die amtliche Statistik darüber zu erzählen weiß, ist trügerisch oder Schwindel. Viele hunderttausende von Arbeitslosen erscheinen jetzt nicht mehr in der Statistik, weil man ihnen die Unterstützung genommen hat. Andere Arbeitslose werden nicht mehr gezählt, weil der Staat sie als Landheifer vermietet, in den Arbeitsdienstgesteckt oder zu Hilfspolizisten gemacht hat. Auf diese Weise kommen die günstigeren Zahlen zustande, die allerdings nur auf dem Papier eine Besserung der Wirtschaftlage ankündigen.

Deutschlands Wirtschaftslage ist nach wie vor trostlos. Irgendwelche ernststen Anzeichen einer natürlichen Belebung sind nicht festzustellen; im Gegenteil, der Außenhandel schrumpft weiter zusammen, die Konsumkraft im Innern nimmt ab, die kümmerlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Hitlers sind, soweit sie nicht überhaupt potemkinsche Dörfer darstellen, wie der Bau des Tunnels vom Anhalter zum Stettiner Bahnhof in Berlin, zwar sehr kostspielig, aber doch nicht umfassend genug, um eine große Zahl von Arbeitslosen in Beschäftigung zu bringen.

Von allen Schichten des Volkes, die Hitler bewußt betrogen hat, sind die Arbeitslosen am schlechtesten dran. Arbeit wird Hitler ihnen nicht verschaffen, aber die Unterstützung wird er ihnen kürzen. Die Lebensmittel hat er ihnen schon verteuert und dadurch ihre Lebenshaltung verschlechtert. Nun kommt aber auch noch die Inflation völlig in nichts zerrinnt.

Hitler schwingt den Bettelsack.

Trotzdem 300 Millionen neue Steuern.

Es muß schlecht um Hitlers Kasse und um die Kasse des Reiches stehen. Man schwingt schon den Bettelsack, um Geld zu beschaffen. Das neueste ist eine „freiwillige“ Arbeitspende. Einstweilen ist das Ergebnis dieses Appells sehr dürftig. Aus einem Aufruf des Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium, Reinhardt, ersieht man, daß der Druck mit der Hungerpeitsche und die Gefahr der Internierung im Konzentrationslager zwar ausgereicht hat, um einige Beamte, Angestellte und Arbeiter zu zwingen, einen Teil ihres Lohnes als Spende zu entrichten. Aber von Unternehmern wird etwas derartiges noch nicht einmal mitgeteilt. Ueberhaupt hütet man sich, Zahlen über den Ertrag dieser Spende anzugeben.

Die „Spende“ ist natürlich nichts anderes, als ein gewöhnlicher Abzug an Lohn oder Gehalt. Im Dritten Reich müssen nur Arbeiter, Angestellte und Beamte zahlen. Das hat die „Ehrendiensthilfe“ bewiesen, die von der Hitlerregierung eingeführt worden ist. Sie ersetzt die alte Lodigensteuer, die nur 1 Prozent betrug, während die Ehrendiensthilfe mindestens 2 Prozent ausmacht. Außerdem wird diese Steuer in erster Linie von den kleinen Leuten erhoben. Sie muß bereits bei dem Einkommen von 75 Mark mit 2 Prozent entrichtet werden. Bei einem Einkommen von 150 Mark beträgt sie 3 Prozent, bei 300 Mark 4 Prozent, bei 500 Mark 5 Prozent. Eine weitere Steigerung findet nicht statt. Dort also, wo die Steuer erst beginnen sollte, hört die Erhöhung bereits auf. Die Steuer ist also wesentlich unsozialer gestaltet als die Einkommensteuer. Sie ist eine brutale Belastung der kleinen Leute, dagegen ist eine sehr wesentliche Entlastung der hohen

Einkommen. Selbst in rein kapitalistischen Staaten werden die kleinen Einkommen viel besser behandelt. So hat vor kurzem der Kanton Basel eine Sozialsteuer eingeführt, bei der alle Einkommen unter 2000 Franken steuerfrei sind, während Einkommen von 50.000 Franken einen Zuschlag von 15 Prozent zu zahlen haben.

Allein durch Ehrendiensthilfe und Fettsteuer, die beiden einzigen Steuererhöhungen, die das Hitler-Regime gemacht hat, werden den unteren Schichten des Volkes dreihundert Millionen Mark gestohlen. Jede Familie verdankt also Hitler auf diesem Weg eine Einkommensminderung von 30 Mark. Sie wird zu Geschenken an die Reichen benutzt!

VdH. Augen redts!

„Nach dem Liede „Volk ans Gewehr!“ trug ein Jungangestellter einige Stollen aus dem „Imperium teutonicum“ Wilhelm Stapels vor. Nach dem Kommando: „Stillgestanden! Augen redts!“, wurde die Verbandslahne des DHV eingeholt und an ihrer Stelle die Hakenkreuzlahne gehißt.“ (Hannov. Kurier.)

Siegeheil

„Mit zusammengeschlagenen Hacken klang dann aus jungen Kehlen als Ausdruck ehrlichen Bekenntnisses zum neuen Werk ein dreifaches Siegeheil und das darauf von der Musik angezeigte Schlußlied Horst Wessels.“ (Aus einem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“.)

Süßheil

„Der Präsident des deutschen Konditorenbundes, Funke-Kaiser, rühmte die Verdienste der Dresdner Innung und des sächsischen Verbandes. Er brachte auf sie ein dreifaches SSB-Heil aus.“ (Bericht der „Dresdener Nachrichten“.)

Überall Juden!

Streichers Zeitschrift, der „Stürmer“ in Nürnberg „enthüllt“, daß der gegenwärtige Papst das uneheliche Kind einer holländischen Jüdin namens Lippmann sei. Nach derselben Quelle stammen die Habsburger von einem getauften Juden namens Petrus leonis (Löwenstein).

17. Kind — 20 RM.

Offiziös wird gemeldet:

Dem Arbeiter Karl Seidl in Kreuz wurde das 17. Kind geboren und dem Reichskanzler Hitler die Ehrenpatenstelle angeboten. Der Reichskanzler hat die Patenschaft angenommen und den Eltern in einem Schreiben seine besten Glückwünsche zu dem Kinde ausgesprochen. Dazu hat der Reichskanzler eine Ehrengabe von 20 RM. den Eltern überweisen lassen.

„Außermusikalische Gründe“

Das 63. deutsche Tankünstlerfest hat Enttäuschung hervorgerufen. Große Zeitungen stellen seine Unergiebigkeit unumwunden fest. Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt, daß „aus außermusikalischen Gründen in letzter Stunde noch einige Werke ausgewechselt worden waren“. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ charakterisiert einige der aufgeführten Stücke als „völliger Einfallstosigkeit“. Das Ergebnis ist gleich null.

Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Haben Sie schon die Broschüre:

Revolution gegen Hitler

die historische Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie

bestellt? Es lohnt sich, dieses erste Dokument nach dem „Verbot“ der Deutschen Sozialdemokratie sofort zu lesen.

Preis d. Schrift Kö 1.—. Umfang 16 Seiten mit Umschlag. Bestellungen an: „Neuer Vorwärts“, Verwaltung Karlsbad Haus Graphia.